

FPÖ rechtfertigt Putins Krieg und Trumps Zölle - Was bedeutet das für uns?

Die FPÖ rechtfertigt Putins Krieg und Trumps Zölle. Lopatka kritisiert ideologische Kehrtwende und warnt vor Handelskriegen.

In einem zunehmend konfliktbeladenen internationalen Handelsumfeld hat die FPÖ überraschend die US-Zollpolitik von Donald Trump verteidigt und gleichzeitig die Verantwortung für die Zölle der Europäischen Union zugeschoben. Dies wurde kürzlich von Reinhold Lopatka, dem Delegationsleiter der Volkspartei im EU-Parlament, scharf kritisiert. Laut **OTS** kehre die FPÖ die Rollen von Täter und Opfer um, wenn es um die eigene Ideologie gehe. Dabei ist die interne Streitigkeit innerhalb der Partei über die US-Zollpolitik evident.

Barbara Kolm, eine der FPÖ-Nationalratsabgeordneten, äußerte sich kritisch zu den Zöllen, während Susanne Fürst, ebenfalls Abgeordnete, die Handelspolitik der USA verteidigt. Lopatka warnt vor den Gefahren eines Handelskriegs, der ausschließlich Verlierer kenne, und betont die bedeutende Rolle der EU als größter Binnenmarkt, die sie stark und selbstbewusst vertreten wolle. Österreich strebt daher eine Verhandlungslösung mit den USA an.

Die Zölle und ihre Auswirkungen

Am 5. April kündigte Trump im Rosengarten des Weißen Hauses eine drastische Erhöhung der Zölle auf alle importierten Produkte an. Ab dem 9. April sollen zudem reziproke Zölle auf

Produkte aus Ländern erhoben werden, die sich gegen die US-Importe stellen. Laut **Kurier** wird auch die EU von den erhöhten Zöllen betroffen sein, wobei ein Gesamtzoll von 20 Prozent auf europäische Waren und bis zu 34 Prozent auf Produkte aus China verhängt wird. Zölle auf Autos werden bereits ab dem 6. April auf 25 Prozent steigen, was den wirtschaftlichen Druck auf betroffene Staaten wie Deutschland und Österreich erhöht.

Die EU-Kommission zeigt sich besorgt über die möglichen negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft. Schätzungen zufolge könnte EU-Exportschaden durch die Zölle bei über 12 Milliarden Euro liegen. Zusätzlich erwarten Analysten einen Anstieg der Inflation in den USA um bis zu 1,2 Prozent und einen Rückgang des BIP zwischen 0,8 und 1,3 Prozent. Österreichs eigene wirtschaftliche Lage könnte dadurch ebenfalls auf 0,2 Prozent schrumpfen, selbst während es sich bereits in einer Rezession befindet.

Langfristige Folgen für die EU

Analysen von **DIW** verdeutlichen, dass nicht nur direkte Exporteure unter den neuen Zöllen leiden werden, sondern auch Unternehmen, die diese Exporteure mit Rohstoffen oder Dienstleistungen beliefern. Simulationen zeigen, dass ein pauschaler Zollsatz von 25 Prozent langfristig die Exportzahlen der EU in die USA um die Hälfte reduzieren könnte. Besonders betroffen sind dabei zentrale Sektoren wie die Pharmaindustrie und Transportausrüstung.

Die EU hat allerdings Strategien in Aussicht, um mögliche Verluste auszugleichen, darunter der Ausbau von Handelsbeziehungen zu anderen Partnern, etwa mit Kanada und Japan. Diese Maßnahmen sollen nicht nur die negativen Auswirkungen der Zölle abmildern, sondern auch die Abhängigkeit von der US-Nachfrage verringern und die Exporte diversifizieren.

Insgesamt zeigt sich das Zusammenspiel zwischen politischer

Rhetorik in Österreich und den realen wirtschaftlichen Herausforderungen, denen sich die EU gegenüber sieht. Die Entwicklungen in den kommenden Tagen und Wochen werden entscheidend dafür sein, wie sich der Handelskonflikt zwischen den USA und der EU weiter entfalten wird.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)